

John Kannankulam*

Staatskapitalismus?

Anmerkungen zum Verhältnis von Kapitalismus und Staat aus der Perspektive materialistischer Staatstheorie¹

Zusammenfassung: Innerhalb der jüngeren Debatte um einen aufkommenden Staatskapitalismus als neuer Variante des Kapitalismus wird selbstkritisch darauf verwiesen, dass eine Verbindung zur materialistischen Staatstheorie fehlt. Davon ausgehend rekapituliert der Artikel einige Argumente aus der sogenannten Staatsableitungsdebatte, greift auch auf Nicos Poulantzas' Unterscheidung zwischen Normal- und Ausnahmezustand zurück, um Fragen auszuloten, die für die empirische Forschung von Belang sein könnten.

Schlagwörter: Staatskapitalismus, Staatsableitungsdebatte, Normal- und Ausnahmezustand

State Capitalism?

Remarks on the Relationship between Capitalism and State from a Materialist State Theoretical Perspective

Abstract: Within recent debates about an upcoming State Capitalism as a new variant of capitalism a missing link to materialist state theory is being perceived. The article tries to bridge this gap in recapitulating some arguments from the state derivation debate of the 1970s and Nicos Poulantzas's distinction between normal and exceptional states that might also be relevant for empirical research.

Keywords: State Capitalism, State Derivation Debate, Normal and Exceptional State

* John Kannankulam lehrt und forscht an der Universität Marburg im Bereich Politische Ökonomie.

1 Ein Dank für konstruktiv-kritische Anmerkungen geht an Beatrice Müller, die Redaktion der PROKLA und vor allem an Jenny Simon. Ein Dank geht auch an den stipendatistischen Arbeitskreis Materialistische Staatstheorie bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, mit dessen Mitgliedern ich den vorliegenden Artikel auf einem Workshop diskutieren konnte. Ein besonderer Dank geht dabei außerdem an Marie Hoffmann für die Hilfe bei der redaktionellen Fertigstellung und Übersetzung der englischen Zitate.

Seit einiger Zeit findet eine Debatte darum statt, wie denn die zunehmenden Staatsinterventionen nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 und aktuell die ökonomischen Maßnahmen im Zuge der Coronakrise zu bewerten sind. So wird etwa in verschiedenen Debattenbeiträgen auf Schlagzeilen oder Sonderberichte verwiesen wie im *Economist*: »The Rise of State Capitalism« (20.8.2008; 21.-27.1.2012) oder in der *Financial Times*: »State Capitalism: A new force in global finance« (24.1.2008). Sie lassen sich auch als Hinweis deuten, dass durch diese neoliberalen Leitmedien etwas wahrgenommen wird, was »potenziell eine Herausforderung für liberale Leitbilder darstellen« könnte (ten Brink/Nölke 2013: 21). Daher stellt sich die Frage, ob diese Wahrnehmung und die entsprechende Debatte womöglich auf einen polit-ökonomischen Paradigmenwechsel hindeuten, wonach nicht »weniger, sondern mehr Staat« auf der Agenda steht.

Angesichts des zuletzt rasanten Wirtschaftswachstums in autoritär-staatlichen Regimen wie China oder anderen Staaten der kapitalistischen Peripherie (Brasilien, Russland, Indien), stellte sich auch in diesem Kontext die Frage, ob ein staatlich »gemanagter« Kapitalismus, ein sogenannter Staatskapitalismus dem »liberalen« Kapitalismus möglicherweise überlegen ist.

Gleichzeitig wurde innerhalb der Debatte um die Herausforderungen und Potenziale dieser Variante des Kapitalismus (selbst-)kritisch reflektiert, dass zum einen die Verwendung des Begriffs Staatskapitalismus einigermaßen uneindeutig und unklar ist. Zum anderen wurde festgestellt, dass die *theoretische* Verbindung zu Fragen nach dem Verhältnis von kapitalistischer Produktionsweise und modernem Staat innerhalb der Debatte fehlt (Alami/Dixon 2020: 84ff.). An diese Problematik möchte der vorliegende Artikel anschließen. Zwar verorten sich einige Autor:innen in den Kontext materialistischer (Staats-)Theorie (van Apeldoorn u.a. 2012; Alami/Dixon 2020) und es werden auch immer wieder Stichworte genannt, die auf zentrale Erkenntnisse dieser – vor allem auch in der PROKLA – im Rahmen der sogenannten »Staatsableitungsdebatte« der 1970er-Jahre geführten Auseinandersetzung zurückgehen (für einen Überblick: Holloway/Picciotto 1978; Kostede 1976; Kannankulam 2000). Systematisch entwickelt werden diese Stichworte allerdings nicht. Dies will ich im Folgenden mit ein paar Rekapitulationen versuchen, um hiervon ausgehend einige Fragestellungen auszuloten, an die die eher empirisch ausgerichtete Forschung anknüpfen könnte.

Kapitalismus und Staat

Nachdem innerhalb der vergleichenden Kapitalismusforschung der »Elefant im Raum« (Bruff 2011), nämlich die Frage, was denn unter Kapitalismus

überhaupt zu verstehen ist, kritisch beleuchtet wurde, steht dies hier nun erfreulicherweise auch für die Frage des Staates an.² Für beide Fragen ist eine Rückschau auf Marx' Analysen, vor allem im *Kapital*, ein hilfreicher Einstieg.

Marx' argumentiert in seinem Hauptwerk, dass Kapital dasjenige Geld ist, das mit der Absicht investiert wird, daraus mehr Geld entstehen zu lassen (MEW 23: 161ff.). Hierbei kommt der Arbeitskraft, die unter kapitalistischen Bedingungen auch als Ware auf dem (Arbeits-)Markt erwerbbar ist, eine zentrale Rolle zu. Der Arbeitswerttheorie folgend bestimmt sich nach Marx der (Tausch-)Wert der Waren durch die Arbeitszeit, die zu ihrer Herstellung durchschnittlich notwendig ist, die Arbeit ist die Quelle des Wertes. Entsprechend ist die Investition in Arbeitskraft die zentrale Quelle, um Mehrwert zu generieren. Denn das Spezifische an dieser Ware ist, dass ihr Wert, der sich aus denjenigen historischen und moralischen Elementen bestimmt (MEW 23: 185), die nötig sind, damit der oder die Arbeiter:in überhaupt die Arbeitskraft auf dem Markt anbieten kann (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung usw., ebd.), geringer ist als das, was durch die Verwendung der Arbeitskraft im Arbeitsprozess an neuem, zusätzlichem Wert geschaffen wird (ebd.: 207ff.). Die Arbeitskraft als dem Menschen innewohnende Potenz ist in der Lage, mehr Wert zu schaffen, als notwendig ist, um sie zu reproduzieren.

Dass dieser spezifische Warentausch, der zudem noch den grundlegenden Antagonismus in sich birgt, dass nun beide Seiten – Kapital und Arbeit – mit »gleichem Recht« (ebd.: 249) danach trachten, so viel beziehungsweise so wenig wie möglich an Mehrarbeit zu leisten, als Grundlage der Mehrwertbildung aber überhaupt vonstattengehen kann, setzt einige Dinge voraus.

Marx argumentiert an einer Stelle, die als sogenanntes »Warenhütertheorem« in die materialistische Rechts- und Staatsdebatte eingegangen ist (vgl. Buckel 2007: 98f.), dass die Waren nicht selbst zu Märkte gehen können und wir uns ergo nach ihren Hüter:innen umsehen müssen. Diese Warenhüter:innen müssen aber, so die weitere Argumentation, sich »zueinander als Personen verhalten, deren Willen in jenen Dingen [den Waren, J.K.] haust, so dass der eine nur mit dem Willen des anderen, also jeder nur vermitteltst eines, bei-

2 Mit der zentralen Unterscheidung zwischen *Coordinated Market Economies* und *Liberal Market Economies* konzentrierten sich Hall und Soskice (2001) in ihrem Ausgangsaufsatz zur Debatte im Kern auf eine firmenzentrierte Analyse, die unterschiedliche institutionelle Settings hinsichtlich der Beförderung oder Behinderung von Investitionsentscheidungen in den Blick nahm und dabei »pros« und »contras« für stärker oder weniger koordinierte institutionelle Arrangements vor allem der Industriellen Beziehungen betrachtete. Wie im Titel des Aufsatzes von Bruff angedeutet, ging es dabei allerdings weniger um eine Analyse und Kritik kapitalistischer Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse.

den gemeinsamen Willensakts, sich die fremde Ware aneignet, indem er die eigne veräußert. Sie müssen sich daher wechselseitig als Privateigentümer anerkennen« (ebd.: 99), um rechtmäßig ihre Waren miteinander zu tauschen. Warentausch – auch der Tausch der Ware Arbeitskraft – setzt also Rechtsverhältnisse voraus. Die getauschten Waren müssen im rechtmäßigen Besitz derjenigen sein, die sie tauschen und die Subjekte müssen rechtsfähig und -mündig sein. Diese immanente Voraussetzung des Warentauschs tritt insbesondere im Konfliktfall deutlich hervor, wenn nämlich eine:r der Warentauschenden sich nicht an das (Vertrags-)Recht hält oder unrechtmäßig Waren veräußert. In einem solchen Fall tritt die unabhängige Rechtsprechung auf den Plan, die zur Aufgabe hat, den Konflikt zu schlichten und das Recht wiederherzustellen. Recht, das nicht durchgesetzt werden kann, ist allerdings letztlich keines. Insofern hat das Recht wiederum den Staat mit seinem Gewaltmonopol zur Voraussetzung, der auch in Lage ist, das Recht – notfalls auch unter Anwendung von Gewalt – durchzusetzen. Hierbei ist es formal besehen auch unerheblich, welche Machtstellung die Person – oder das Unternehmen – innerhalb einer Gesellschaft innehat.

Hier wurde in aller Kürze rekonstruiert, dass innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise die Ware beziehungsweise der Warentausch »besondere« Rechtsverhältnisse zur Voraussetzung hat, die wiederum eine Instanz voraussetzen, die auch in der Lage ist, dieses Recht durchzusetzen. Diese »Ableitung« des Rechts und des Staates (es ließe sich noch hinzufügen, dass auch halbwegs intakte Naturverhältnisse oder die Erbringung von Care-Arbeit eine notwendige Voraussetzung für die Existenz und Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise darstellen) verweist nun darauf, dass Kapitalismus ohne berechenbares Recht und staatliches Gewaltmonopol kaum oder gar nicht funktionieren kann. Hierauf hat – des Marxismus unverdächtig – allerdings auch schon Max Weber sehr deutlich in seiner Herrschaftssoziologie hingewiesen (Weber 1980: 815ff.).

Dieser im Anschluss an das Warenhütertheorem rekonstruierte Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Recht und Staat kann vielleicht den etwas unvermittelten Hinweis von van Apeldoorn u.a. innerhalb der Staatskapitalismusdebatte erhellen, wonach »Kapital und Staat in einem immanent aufeinander verwiesenen Zusammenhang stehen: Staatsmacht kann nicht von der privaten Macht des Kapitals losgelöst werden.« (2012: 472) Die Argumentation, Staat und Kapital seien immanent aufeinander verwiesen, wird noch einmal deutlicher, wenn wir der Frage nachgehen, auf welcher Grundlage denn »der Staat« sich erhält und finanziert. Die Antwort liegt auf der Hand: durch Steuern und Abgaben. Claus Offe (2006: 130) hat diese immanente Aufeinanderverwieseneheit mit seinem Diktum des »Interesses des

Staates an sich selbst« pointiert auf den Punkt gebracht: Ohne Steuern kein Staat, was wiederum eine Ökonomie zur Voraussetzung hat, die halbwegs Wachstum generiert.

Vor diesem Hintergrund dürften sich die Hoffnungen zumindest relativieren, über den Staat eine alternative post-kapitalistische Ordnung hervorbringen zu können. In dieser Richtung haben – wenn auch etwas weit ausholend und umständlich – bereits Wolfgang Müller und Christel Neusuß 1971 in einem Aufsatz argumentiert, der den Ausgangspunkt für die Staatsableitungsdebatte markierte und in dem sie gewisse »Sozialstaatsillusionen« diagnostizierten.

Variegender Kapitalismus

Die Frage, die sich im Anschluss an diese grundlegenden theoretischen Überlegungen anschließt, ist allerdings, wie sich denn nun hiervon ausgehend die tatsächlich vorfindlichen Varianten oder Variationen des Verhältnisses zwischen Staat und Kapital begründen und verstehen lassen. Peck/Theodore (2007) sowie Jessop (2011) haben in diesem Zusammenhang den schwer zu übersetzenden Begriff *variegated* geprägt.³

Auch hier kann ein Blick in Marx' *Kapital* weiterhelfen. Marx argumentiert dort im achten Kapitel unter Rückgriff auf eine Analyse des »Kampfes um den Normalarbeitstag« in England, dass die formal-theoretisch rekonstruierbaren Voraussetzungen für die Existenz und Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise von den ihr immanenten antagonistischen Kämpfen und Auseinandersetzungen beständig unterminiert und bedroht werden. Das Kapital, so Marx in drastischen Worten und mit teilweise erschütternden Fakten über die damaligen Zustände, kenne in seinem »Werwolves-Heißhunger« nach Mehrarbeit keine Schranken und überrennt »nicht nur die moralischen, sondern auch die rein physischen Maximalschranken des Arbeitstags« (MEW 23: 280).

Dass Marx in diesem Kapitel auf die beständige Anpassung der »Mindestkörpergröße« für Soldaten hinweist, die etwa in Sachsen 1780 bei 178cm lag, 1862 dann bei 157cm (ebd.: 254, Fn.), könnte als Argument dafür verstanden werden, dass es insbesondere das staatliche Interesse an wehrtauglichen Soldaten gewesen ist, weshalb als Korrektiv Schutzgesetze erlassen wurden,

3 Den Autoren geht es dabei darum, darauf hinzuweisen, dass es sich bei den verschiedenen »Varianten« des Kapitalismus nicht jedes Mal um etwas grundlegend anderes oder Neues handelt. Vielmehr gibt es unterschiedliche Ausprägungen einer elementaren *Grundstruktur* der kapitalistischen Produktionsweise, die noch dazu *transnational* operiert, was mit dem Blick auf verschiedene »nationale« Varianten tendenziell verdeckt wird.

damit infolge von Mangelernährung die Masse der Bevölkerung nicht noch weiter in der Körpergröße schrumpft und auch sonst zusehends verkümmert. Selbst wenn militärische Interessen innerhalb staatlicher Politik durchaus eine Rolle spielen und diese tatsächlich eher »hinter verschlossenen Türen« innerhalb der »repressiven Staatsapparate« (Althusser 2010) ausgehandelt werden dürften, scheint mir ein anderes, das ganze achte Kapitel durchziehendes Argument viel gewichtiger für die Antwort auf die Frage, weshalb es zu *variegierenden* Ausprägungen des Verhältnisses von Staat und Kapital kommt: Diese sind das Ergebnis diverser Etappen innerhalb des beständigen Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit. Um es in den Worten von Poulantzas zu sagen – dem Staatstheoretiker, der die Erkenntnisse dieses Kapitels für die materialistische Staatstheorie besonders produktiv weiterentwickelte: Sie stellen das jeweilige (Zwischen-)Ergebnis der »materiellen Verdichtung von Kräfteverhältnissen« zwischen den gesellschaftlichen Klassen dar (Poulantzas 2002: 154). Marx kann in diesem Kapitel sehr plausibel nachweisen, dass die Fabrikgesetzgebung in England deshalb zustande kam, weil ein Teil der englischen Kapitalistenklasse die protektionistischen *Corn Laws* abgeschafft haben wollte, um ihre freihändlerischen Interessen durchzusetzen. Jene Fraktionen des Kapitals »bedurften der Hilfe der Arbeiter zum Siege!« (MEW 23: 298)

Die offen zutage tretenden Spaltungen innerhalb des Kapitals brachten die Möglichkeit für Teile der Arbeiter:innenklasse mit sich, in einem strategischen Zugehen auf die Freihandelsfraktion ein Gesetz zur Reduktion des Arbeitstags auf zehn Stunden durchsetzen zu können – auf Kosten der protektionistischen Fraktion. Die Gesetze zum Schutze der Arbeiter:innenklasse und zur Reduktion der Arbeitszeit sind somit weniger der weisen (Hinterzimmer-) Voraussicht des Staates zu verdanken, sondern als »materielle Verdichtung des Kräfteverhältnisses« zwischen Teilen des Kapitals und der organisierten Arbeiter:innenschaft zu verstehen. Dass die Gesetze im Folgenden nicht eingehalten und unterlaufen wurden, zum Teil unter Zuhilfenahme von korrupten Gerichten (ebd.: 306), sich hieran aber ein Aufschrei von denjenigen Teilen des Kapitals anschloss, die sich an die Gesetze gehalten haben, verweist noch einmal mehr auf die Notwendigkeit formalistischen Rechts, das berechenbar ist (Weber 1980: 815). Es verweist aber auch darauf, dass es unter dem Imperativ der Profitmaximierung und dem damit grundlegend einhergehenden Klassenantagonismus immer nur zu einem »instabilen Kompromissgleichgewicht« kommen kann. Der Staat stellt dabei in seiner formalen Trennung vom Kapital wie von der Arbeit – das hat Poulantzas ebenfalls herausgestellt – gewissermaßen das Terrain dar, auf dem der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, aber auch anderer gesellschaftlicher (Struktur-)Konflikte, immer

wieder in ein solches »instabiles Kompromissgleichgewicht« gebracht werden kann. Formales Recht, formalisierte parlamentarische Verfahren und bürokratische Verwaltungsabläufe sind dabei notwendige, aber keineswegs immer hinreichende Voraussetzungen.

Vor diesem Hintergrund lässt sich dann auch besser verstehen, warum es zu »varieierenden« Ausprägungen des Verhältnisses zwischen Kapital, Staat und gesellschaftlichen Konflikten und Akteuren kommt. Marx' Diktum, wonach die Menschen »ihre Geschichte machen« aber unter »vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen« (MEW 8: 115) ist vielleicht ein hilfreiches Bild für das Verständnis »varieierender« Ausprägungen des Kapitalismus beziehungsweise des Verhältnisses zwischen Kapitalismus und Staat.

Form und Funktion

Erst vor einem solchen theoretischen Hintergrund lassen sich die verschiedenen »Funktionen«, die staatlicherseits wahrgenommen werden, angemessen einordnen, wie schon Blanke u.a. in den 1970er-Jahren treffend argumentierten (1974: 89ff.). Mit der theoretischen Bestimmung der notwendigen Trennung von Politik und Ökonomie ist die »Existenzbedingung für eine ›außerökonomische Instanz‹ aufgedeckt [und] mit ihr existiert die abstrakte *Möglichkeit* eines ›außerökonomischen‹ Zugriffs auf den naturwüchsigen Prozess der materiellen Reproduktion der Gesellschaft.« (Ebd.: 89)

Blanke und Kollegen (ebd.: 92ff.) treffen auch die hilfreiche Unterscheidung zwischen der System- und der Tätigkeitsgrenze staatlichen »Handelns«. Mit ersterem ist die oben mit Offe benannte Struktur- oder Systemgrenze benannt, bei deren Überschreiten die Grundlage staatlichen Handelns beispielsweise durch Kapitalflucht tangiert wird. »Darunter« liegen historische Tätigkeitsgrenzen, die sich etwa durch die erkämpften Rechte von Gewerkschaften ergeben. Die Frage, ob und wie welche Funktionen durch die außerökonomische Instanz dann wahrgenommen werden, bedarf, so die Autoren, »der sorgfältigen historisch-empirischen Analyse, welche die Genese jeder ihrer Funktionen begrifflich nachvollzieht« (ebd.: 89).

Entsprechend erscheint mir der argumentative Sprung von van Apeldoorn u.a. (2012: 473ff.) doch zu schnell zu sein, in einem halben Absatz auf marxistische Staatstheorie als Bezugspunkt zu verweisen, dann aber Polanyi und vier zentrale Staatsfunktionen (Marktschaffung, Marktkorrektur, Marktsteuerung, Repräsentation nach Außen) in das Zentrum der Analyse zu stellen, die bei den zunehmenden beziehungsweise sich wandelnden Staatstätigkeiten in den Blick genommen werden sollen. Aus der hier vorliegenden Perspektive lassen sich konkrete Staatsfunktionen erst durch eine Bestim-

mung der »Systemgrenzen« und der relationalen Autonomie von Staat und Kapital, wie sie über Kämpfe und Kräfteverhältnisse vermittelt werden, in den Blick nehmen. Ob und welche Staatsfunktionen wahrgenommen werden, ist eine Frage dieser Kräfteverhältnisse im Rahmen der formbestimmenden Trennung von Politik und Ökonomie.

Kräfteverhältnissen innerhalb eines solchen formbestimmten Rahmens zu untersuchen, war auch das Anliegen unserer Forschungen zu den Auseinandersetzungen über die Europäisierung der Migrationspolitik sowie zu den Konflikten innerhalb der Eurokrise (Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014; Georgi/Kannankulam 2015). Mit dem dabei entwickelten Konzept der »Hegemonieprojekte« ging es vor allem darum, die Strategien von miteinander im Konflikt stehenden Akteurskonstellationen in den Blick zu nehmen und zu rekonstruieren, wie sich die Kräfteverhältnisse dieser Strategien »verdichten« und dann in der Regel in Form von Gesetzen oder Richtlinien »materialisieren« und »Funktionen« erfüllen (was immer auch scheitern kann).

Dabei bestehen durchaus produktive Anschlüsse an primär institutionalistisch ausgerichtete Analysen innerhalb der vergleichenden Kapitalismusforschung. Eingebettet in diesen theoretischen Hintergrund können sie zu einem genaueren Verständnis konkreter kapitalistischer Gesellschaftsformationen beitragen. Die »geronnenen Strukturen« auf der Ebene der Institutionen lassen sich als Etappen und Ergebnisse von gesellschaftlichen Konflikten und Kämpfen und eben deren »materieller Verdichtung« auffassen (Kannankulam/Georgi 2014). Innerhalb dieser »Kampf- und Konfliktstrukturen« bilden sich dann über die Zeit durchaus relativ stabile »Pfade« heraus und die Konfliktaustragung muss oder kann nicht jedes Mal wieder neue Settings oder Institutionen hervorbringen (vgl. grundlegend Hirsch 1994).

Mit diesen Hinweisen lässt sich festhalten, dass Staat und Kapitalismus in einem notwendigen Trennungs-, aber auch Verbindungsverhältnis zueinander stehen und sie relativ oder relational autonom voneinander sind (Poulantzas 2002: 158 passim; vgl. Buckel 2007: 242ff.; Kannankulam 2008: 68ff.). Die Trennung des Staates von der Ökonomie ist eine Bedingung der Möglichkeit, dass die Klassenkonflikte und auch andere gesellschaftliche Strukturkonflikte in ein instabiles Kompromissgleichgewicht gebracht werden können. Durch die Trennung von Politik und Ökonomie werden die gesellschaftlichen Widersprüche in eine »Form« gebracht, »worin sie sich bewegen können« (MEW 23: 118). Gleichzeitig sind Staat und kapitalistische Ökonomie aufeinander angewiesen und voneinander abhängig, da zum einen ohne eine halbwegs prosperierende Ökonomie die finanzielle Grundlage des Staates selbst prekär wird und auch staatliche Projekte schwerlich umsetzbar werden, was dann bei Wahlen womöglich sanktioniert wird. Zum anderen stellt der Staat

über sein Gewaltmonopol sicher, dass Rechtssicherheit besteht, ohne die Investitionen riskant wären. Erst hiervon ausgehend lassen sich konkrete Staatsfunktionen in den Blick nehmen. Diese sind dann, wenngleich sie die »dieselbe ökonomische Basis« haben, »durch zahllos verschiedene Umstände« gekennzeichnet, »mit unendlichen Abstufungen in der Erscheinung«, die »nur durch Analyse dieser empirisch gegebenen Umstände zu begreifen sind.« (MEW 25: 800)

Normal- und Ausnahmestaat

Diese grundlegende Argumentation fußt jedoch auf einer Auffassung des Staates als »Normalstaat«, den Nicos Poulantzas in seiner Auseinandersetzung mit dem Faschismus in Italien und Deutschland (1973: 59ff.) und der Krise der Militärdiktaturen in Griechenland, Spanien und Portugal (1977: 82ff.) von einem »Ausnahmestaat« unterschieden hat (vgl. auch Jessop 2006). Die dahinterstehende Analyse geht wiederum auf eine lange Tradition innerhalb der materialistischen Staatsdiskussion zurück, die mit Marx' Historisch-Materialistischer Politikanalyse der 1848er Revolution im »18. Brumaire« ihren Ausgangspunkt hat und die »Dialektik von Demokratie und Kapitalismus« (Buckel 2017) in den Blick nahm. Auch Gramscis berühmte Unterscheidung zwischen dem zaristischen Russland, wo »der Staat alles« war, und dem Staat »im Westen« reiht sich hier ein. Demnach bestand im Westen »zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis«, wodurch man »beim Wanken des Staates [...] sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft« wahrnehmen konnte. Der Staat war im Westen »nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematten befand« (Gramsci 1996: 874).

Poulantzas Analysen zufolge werden in einem »Ausnahmestaat« zentrale Elemente wie repräsentative demokratische Institutionen mit allgemeinem Wahlrecht, konkurrierende Parteien, Rechtsstaatlichkeit, formelle Gewaltenteilung sowie eine freie Presse und das Recht auf freie Meinungsäußerung außer Kraft gesetzt (Jessop 2006: 54f.). Dies verweist zum einen darauf, dass das »instabile Kompromissgleichgewicht« zwischen den Klassen sich nicht mehr über die Wege und Institutionen des bürgerlich-parlamentarischen Normalstaates austarieren lässt. Zum anderen bedeutet es zumeist, dass das in die Krise geratene Kompromissgleichgewicht von spezifischen Gruppen dazu genutzt wird, ihre Interessen in autoritärer oder gewaltförmiger Weise durchzusetzen. Der »Autonomiegewinn« für diese Gruppen kann sich jedoch mittelfristig als Pyrrhussieg erweisen, da die Gruppen, die von der autoritären Herrschaft ausgeschlossen sind, nicht (mehr) »hegemonial« integ-

riert werden und somit Widerstand gegen die autoritäre Herrschaft wahrscheinlicher wird. Die sich dann sicherlich verstärkende Repression führt zu einer Spirale nach unten und birgt auch die Gefahr in sich, dass die (ökonomischen) Partikularinteressen der autoritär herrschenden Klassen nunmehr immer schwerer durchzusetzen sind. Dass in einem solchen Regime die (ökonomische) Planungssicherheit durch ein rationales und berechenbares Recht brüchig und die konstitutive relative Autonomie zwischen Staat und Kapital aufgehoben wird, dürfte klar sein. Welche Konsequenzen dies jedoch für eine halbwegs prosperierende Kapitalakkumulation als Grundlage des gesellschaftlichen Reichtums hat, ist eine interessante Frage, die sich aus meiner Perspektive auch für die konkrete empirische Analyse von autoritären »staatskapitalistischen« Regimen wie China oder Russland stellt.

Die von Alami und Dixon (2020: 84) dargelegte Problematik kann nun vielleicht klarer eingeordnet werden: »Ein Großteil der Literatur verwendet den Begriff Staatskapitalismus als heuristisches Mittel, um sich allgemein auf Konfigurationen des Kapitalismus zu beziehen, in denen der Staat eine besonders starke Rolle bei der Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft, bei der Überwachung und Verwaltung der Kapitalakkumulation oder beim unmittelbaren Besitz und der Kontrolle von Kapital spielt. Auch wenn diese Begriffsbildung klar und einfach zu sein scheint, dreht sie sich um eine besonders knifflige Frage: Was bedeutet *stark* eigentlich?«

Mit Poulantzas' Unterscheidung zwischen Normal- und Ausnahmestaaten wurde deutlich, dass vorgeblich »starke Staaten« keinesfalls diejenigen sind, die die besseren Bedingungen für kapitalistische Akkumulation zur Verfügung stellen. Im Gegenteil, so Jessop (2006: 55) im Anschluss an Poulantzas, »die vorgebliche Stärke des Ausnahmestaates [verdeckt] nur seine reale Brüchigkeit [...]. Wenn sich die Widersprüche verstärken, wird er anfällig für den plötzlichen Zusammenbruch. Umgekehrt reagieren vorgeblich schwache, demokratische Staaten elastischer auf Belastungen und stellen deshalb ein flexibleres Mittel dar, um politische Klassenherrschaft zu organisieren.«

Ausblick

Aus der vorliegenden Perspektive und der Rückschau auf verschiedene Argumente der materialistischen Staatsdiskussion stellen sich somit einige Fragen, die für die konkrete Untersuchung von »staatskapitalistischen« Systemen interessant wären: Wie werden in solchen Systemen die Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen und gegenüber den subalternen Klassen austariert? Gibt es Alternativen oder Äquivalente zur Prozessierung der gesellschaftlichen Widersprüche? Wie steht es um die von Weber prokla-

mierte notwendige Berechenbarkeit des Rechts? Wenn Hegemoniebildungsprozesse eingeschränkt sein sollten, gilt dann Gramscis Diktum, dass derlei Staaten anfällig sind für einen »Bewegungskrieg«? Und insgesamt stellt sich angesichts der Tatsache, dass etwa in China die Kapitalakkumulation seit Jahrzehnten unter »ausnahmestaatlichen« Prämissen stattfindet, die Frage, ob dies mithin der dortige »Normalzustand« ist? Zumal hier, soweit ich das sehen kann, keine Klassenfraktion oder andere Gruppierung einen Krisenausbruch dazu genutzt hat, sich zentraler Apparate des Staates auf Kosten anderer Fraktionen zu bemächtigen. Gilt hier das Argument der Fragilität noch oder müsste das Kategoriengerüst tatsächlich um eine alternative Variante zu Normal- und Ausnahmestaat ergänzt werden?

Weiterhin wäre es sicherlich spannend, empirisch der Frage nachzugehen, ob und inwiefern sich die dargelegten Widersprüche in »staatskapitalistischen« autoritären Systemen wie China oder Russland von »staatskapitalistischen« Demokratien wie in Indien oder Brasilien unterscheiden. Denn bei aller Sympathie der Argumentation gegenüber, der neoliberalen – strenggenommen ja kapitalistischen – Profitmaximierungslogik etwas entgegenzusetzen, stellt sich die Frage, was die »Verfolgung von Staatszielen« als mögliche Alternative, der eine staatskapitalistische Logik im Gegensatz zu einer markt- oder neoliberal-kapitalistischen folgen soll, genau beinhaltet (vgl. Petry u.a. 2021: 3). Was genau sind diese »Staatsziele«, wie kommen sie zustande, stellen sie tatsächlich eine Alternative zum kapitalistischen Profitmaximierungsimperativ dar und wären sie für die hiesigen Gesellschaften wirklich wünschenswert?

Literatur

- Alami, Ilias / Dixon, David D (2020): State capitalism(s) redux? Theories, tensions, controversies. In: *Competition & Change* 24(1): 70-94. DOI: <https://doi.org/10.1177/1024529419881949>.
- Althusser, Louis (2010): *Ideologie und ideologische Staatsapparate*. Hamburg.
- Apeldoorn, Bastiaan van / de Graaf, Naná / Overbeek, Henk (2012): The Reconfiguration of the Global State – Capital Nexus. In: *Globalizations* 9(4): 471-486. DOI: <https://doi.org/10.1080/14747731.2012.699915>.
- Blanke, Bernhard / Jürgens, Ulrich / Kastendiek, Heinz (1974): Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates. Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Ökonomie. In: *PROKLA* 14/15 4(3): 51-102. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v4i14/15.1757>.
- (1975): *Kritik der Politischen Wissenschaft 2. Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt/M./New York.
- Bruff, Ian (2011): What about the Elephant in the Room? Varieties of Capitalism, Varieties in Capitalism. In: *New Political Economy* 16(4): 481-500. DOI: <https://doi.org/10.1080/13563467.2011.519022>.
- Buckel, Sonja (2007): *Subjektivierung und Kohäsion: Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts*. Weilerswist.

- (2017): Dialektik von Kapitalismus und Demokratie heute. In: Eberl, Olver / Salomon, David (Hg.): Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie, Staat – Souveränität – Nation. Wiesbaden: 19-41.
- Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.) (2014): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld. DOI: <https://doi.org/10.1515/transcript.9783839424025>.
- Georgi, Fabian / Kannankulam, John (2015): Kräfteverhältnisse in der Eurokrise: Konfliktodynamiken im bundesdeutschen »Block an der Macht«. In: PROKLA 180 45(3): 349-369. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v45i180.207>.
- Gramsci, Antonio (1996): Gefängnishefte, Band 7. Hamburg.
- Hall, Peter A. / Soskice, David (2001): »Introduction«. In: Dies.: Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage. Oxford: 1-68. DOI: <https://doi.org/10.1093/0199247757.003.0001>.
- Hirsch, Joachim (1994): Politische Form, politische Institutionen und Staat. In: Esser, Josef / Görg, Christoph / Hirsch, Joachim (Hg.): Politik, Institutionen und Staat. Hamburg: 157-212.
- Holloway, John / Picciotto, Sol (1978): State and Capital. A Marxist Debate. London.
- Jessop, Bob (2006): Kapitalistischer Staatstyp und autoritärer Etatismus. Poulantzas' Staatstheorie als moderner Klassiker. In: Bretthauer, Lars / Gallas, Alexander / Kannankulam, John / Stützle, Ingo (Hg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg: 48-64.
- (2011): Rethinking the diversity of capitalism: varieties of capitalism, variegated capitalism, and the world market. In: Wood, Geoffrey / Lane, Christel: Capitalist Diversity and Diversity. London: 209-237.
- Kannankulam, John (2000): Zwischen Staatsableitung und strukturelem Marxismus. Zur Rekonstruktion einer staatstheoretischen Debatte der 1970er Jahre. Magisterarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt/M.
- (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas. Hamburg.
- / Georgi, Fabian (2014): Varieties of Capitalism or Varieties of Relationships of Forces? Outlines of a Historical Materialist Policy Analysis. In: Capital and Class 38(1): 59-71. DOI: <https://doi.org/10.1177/0309816813513088>.
- Kostede, Norbert (1976): Die neuere marxistische Diskussion über den bürgerlichen Staat. Einführung – Kritik – Resultate. In: Backhaus, Hans-Georg: Gesellschaft. Beiträge zur Marx-schen Theorie 8/9. Frankfurt/M.: 150-197.
- MEW – Marx, Karl / Engels, Friedrich: Marx-Engels-Werke. Berlin 1956ff.
- Müller, Wolfgang / Neusüß, Christel (1971): Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital. In: PROKLA 1 (SH1): 7-70. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v1iSonderheft.1117>.
- Offe, Claus (2006): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Frankfurt/M.
- Peck, Jamie / Theodore, Nik (2007): Variegated Capitalism. In: Progress in Human Geography 31(6): 731-772. DOI: <https://doi.org/10.1177/0309132507083505>.
- Petry, Johannes / Koddenbrock, Kai / Nölke, Andreas (2021): State capitalism and capital markets: Comparing securities exchanges in emerging markets. In: Environment and Planning A: Economy and Space: 1-22. DOI: <https://doi.org/10.1177/0308518X211047599>.
- Poulantzas, Nicos (1973): Faschismus und Diktatur. München.
- (1977): Die Krise der Diktaturen. Frankfurt/M.
- (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie. Hamburg.
- ten Brink, Tobias / Nölke, Andreas (2013): Staatskapitalismus 3.0. In: dms – der moderne staat 6(1): 21-32. DOI: <https://doi.org/10.3224/dms.v6i1.02>.
- Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Studienausgabe. Tübingen.